

Antragsteller:in: GRÜNE JUGEND Saar
(vertreten durch Jeanne Dillschneider und Santino Klos)

Der Landesparteitag möge beschließen:

„Jungen Menschen im Saarland Perspektive bieten!

Das Saarland wird immer weiter abgehängt. Laut Schätzungen sollen im Jahr 2060 300.000 Menschen weniger im Saarland leben als heute. Sowohl aus ökonomischer als auch aus ökologischer Sicht liegt das Saarland im bundesweiten Vergleich hinten. Gerade die Attraktivität des Saarlandes für junge Menschen ist gering. Dorfgemeinschaften schwinden, während sich Angebote in wenige Städte verlagern. Mehr Menschen ziehen weg, während immer weniger junge Menschen ihre Chancen im Saarland sehen. Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung prognostiziert einen Bevölkerungsrückgang von fast 9% für das Saarland.

Wir, Bündnis 90/Die Grünen Saar, fordern:

1. OFFENTLICHEN RAUM WANDELN

Mehr als 50 % der Flächen im öffentlichen Raum sind für Parkplätze und Straßenverkehr, nur 2 % für Radfahrer*innen und 15 % für Fußgänger*innen. Wir wollen den Menschen ihren Platz auf der Straße und in der Öffentlichkeit zurückholen! Grünanlagen, Urban Gardening, Parks statt Parkplätze – so kann der öffentliche Raum genutzt und junge Menschen eingebunden werden. Dafür fordern wir, Bündnis 90/Die Grünen Saar, die Landesregierung auf, Mittel den Kommunen zur Verfügung zu stellen, um eine landesweite ökologische Flächen- und Raumumplanung stattfindet. Es wird in Zukunft Abwasserkosten durch öffentliche Begründung sparen, die Attraktivität unserer Kommunen erhöhen, diese Gemeinden zu lebenswerteren Orten gestalten und durch Resilienz gegen den Klimawandel großen finanziellen und menschlichen Schaden vermeiden.

2. TEILHABE JUGENDLICHER SICHERN

Jugendliche sollen sowohl in Städten als auch in ländlichen Gegenden Räumlichkeiten erhalten, um sich auszutauschen. Durch Cafés, Jugendzentren, Co-Working-Spaces,

Bolzplätze und Schwimmbäder wird die Teilhabe und das Engagement junger Menschen gestärkt. Die Kommunen müssen mehr finanzielle Spielräume zur Sicherstellung der öffentlichen Infrastruktur für junge Menschen bekommen.

Ebenso muss der kommunale soziale Wohnungsbau wieder in den Vordergrund treten. Inzwischen kostet eine 1-Zimmer-Wohnung für Singles, Studierende und Azubis im

Durchschnitt 345€ bei 20qm und 521€ bei 30qm. Das Saarland muss bundesweit attraktiv für junge Menschen sein und langfristige Perspektiven bieten, um zukunftsfähig zu werden. Sonst droht ein Attraktivitäts- und Wohlstandsverlust für das Bundesland Saarland.

3. STANDARDS FÜR MOBILITÄT SETZEN

Der ÖPNV muss genauso bequem wie die Mobilität mit dem Auto werden. Es braucht dringend bessere Taktungen, insbesondere im ländlichen Raum. So muss man in 2 Stunden jeden Ort im Saarland flexibel und sicher im ganzen Saarland erreichen können, mit hoher Taktung, neuen Strecken und mehr Umsteigmöglichkeiten in alle Richtungen – die Priorität sollte sein, eine Alternative zum Auto darzustellen. Dabei sind 75% der Saarländer*innen unzufrieden mit den ÖPNV. Gerade auf dem Land sind junge Menschen abgeschnitten: Keine Möglichkeit Freund*innen zu erreichen oder abends unterwegs zu sein. Viele junge Menschen somit das Saarland.

Außerdem muss endlich eine Fahrradinfrastruktur sichergestellt werden, die den Namen auch verdient: Häufig hören Gehwege und Radwege einfach auf oder sind nicht sicher genug. Fahrradstraßen sind ein Teil der Lösung, ersetzen aber keine durchgängigen und sicheren Radwege. Protected Bike-Lines müssen Standard werden um Bedingungen für einen sicheren Wandel zu schaffen.

4. KEIN STATUS-QUO BEI MITBESTIMMUNG

Ein Weiter-So ist langfristig für die Zukunft dieses Landes und der nachfolgenden Generationen auf jeden Fall nicht möglich. Städte und Gemeinden müssen grün gedacht werden. Menschen müssen im Zentrum einer nachhaltigen Politik stehen. Wir fordern mehr Raum für junge Menschen sowie mehr Mitsprache. Jugendliche sollten in den Kommunalparlamenten mitbestimmen dürfen und ein Vetorecht in Bezug auf Angelegenheiten haben, die sie selbst betreffen, also Themen des öffentlichen Raums, der Jugend und der Kultur. Bei einem massiven demografischen Wandel muss es eine Mitbestimmungsmöglichkeit geben, wenn Gemeinden nicht weiter junge Menschen verlieren wollen. Machen wir das Saarland durch moderne und innovative Politik zukunftsfähig!

5. SICHERE ARBEIT

Die Modernisierung sorgt für einen Anstieg des Qualifikationsniveaus, sodass junge Menschen mit sogenannter „geringer Qualifizierung“, d.h. einem Hauptschulabschluss bis sogar Mittlere Reife, vermehrt nur noch Absagen von Ausbildungsunternehmen erhalten. Viele Unternehmen nehmen nur noch (Fach)-Abiturienten, obwohl 500.000 Fachkräfte fehlen und 1,2 Millionen Arbeitskräfte gesucht werden. 2,2 Millionen junge Menschen haben gar keinen Schulabschluss und gleichzeitig sind die Unternehmen mit unbesetzten Stellen von 32% auf 51% gestiegen. Wir fordern eine Ausbildungsplatzgarantie für alle unter 30, sodass jeder Mensch, die Möglichkeit einen gut bezahlten und gesuchten Arbeitsplatz auszuüben. Das Ausbildungsniveau verändert sich nicht. Wir, Bündnis 90/Die Grünen Saar, fordern die Landesregierung auf, mit der saarländischen Industrie- und Handwerkskammer ins

GRÜNE JUGEND Saar
Landesgeschäftsstelle
Eisenbahnstraße 39
66117 Saarbrücken

Telefon 0681 3897040
Fax 0681 3897070
E-Mail buero@gruenejugendsaar.de
Web gruenejugendsaar.de

Inhaberin Grüne Jugend Saar
Bank Sparda Südwest eG
IBAN DE48550905000005141788
BIC GENODEF1S01

Gespräch zu treten und für jeden jungen Menschen das Recht zu geben, rechtlich verbindlich den Zugang zu einer beruflichen Mindestausbildung auf dem Niveau einer vollwertigen Facharbeiterausbildung zu ermöglichen. Dazu benötigt es die Abschaffung offener und versteckter Ausbildungskosten, Azubi-Wohnheime und kostenlose Meisterschulen. Zur Umsetzung einer Ausbildungsplatzgarantie gehören zwei zentrale Elemente.

Zum einen muss die Zahl der Ausbildungsplatzangebote die Zahl der Ausbildungsplatzbewerber um 12,5 % überschreiten, um eine ausreichende Wahlmöglichkeit für die Jugendlichen in Bezug auf den Ausbildungsberuf und den Ausbildungsbetrieb zu garantieren.

Zum anderen muss gewährleistet sein, dass die Jugendlichen ihre Ausbildungsstelle frei wählen können. Das geht nur durch Beratung statt Zuweisung in den Beratungsstellen der Bildungsangebote. Die Kosten sollen durch die Unternehmen in einem Ausbildungsfond getragen werden.

6. GUTE ARBEIT

Gute Arbeit bedeutet aus ihr Mehrwert, Kraft und Motivation zu schöpfen. Die Vereinbarkeit von Freizeit und Beruf wird in einer immer schneller werdenden Gesellschaft immer schwieriger –die Suche nach Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit laugt aus. Daher fordern wir die Förderung der Einführung der 4-Tage Woche, gerade im Handwerk. Einige Unternehmen bieten vollen Lohnausgleich, andere Unternehmen arbeiten zwischen Montag und Donnerstag eine Stunde länger – aber sie alle haben weniger Probleme mit Bewerbermangel und keinerlei finanzielle Einbuße. Die Attraktivität des Saarlandes hängt auch von seinen beruflichen Angeboten ab und der Anspruch ein guter, schöner Ort zum Leben und Arbeiten zu sein, muss wieder Raison werden.“

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich

Der Antrag wurde am 22.09.22 vom Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Saar beschlossen.